

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Löttsch,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12998 –**

Die Agrarwissenschaften in Deutschland auf neue Anforderungen ausrichten

A. Problem

Die deutschen Agrarwissenschaften erodieren seit einigen Jahren. Die agrarwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten reagieren mit unterschiedlichen Strategien. Zudem wurde als besonderes Defizit in der Entwicklung der Agrarwissenschaften in der Vergangenheit vom Wissenschaftsrat die mangelnde institutionalisierte Koordinierung der Agrarwissenschaften benannt. Die Problemlage, in der sich die Agrarwissenschaften befinden, kann jedoch nicht alleine von der Wissenschaft selbst heraus und innerhalb der bestehenden institutionellen Strukturen gelöst werden. Es bedarf vielmehr einer konzertierten Anstrengung von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. So soll der Zersplitterung der Agrarforschungslandschaft insbesondere durch Clusterbildung und Schaffung von Netzwerken entgegengewirkt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12998 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatte^rin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatte^rin

Cornelia Behm
Berichterstatte^rin

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/12998** in seiner 224. Sitzung am 28. Mai 2009 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Agrarwissenschaften spielen eine Schlüsselrolle bei der Lösung zunehmend existenzieller werdender globaler Probleme wie beispielsweise die Unter- und Mangelernährung bei anhaltendem Bevölkerungswachstum, die Zerstörung von landwirtschaftlich, gartenbaulich und forstlich nutzbaren Flächen, der absolute und relative Wassermangel sowie die Verlagerung von Anbauzonen durch den Klimawandel. Auch in Europa stellen sich drängende Fragen für die Land-, Forst- und Ernährungswissenschaften, so zum Beispiel im Hinblick auf die Auswirkungen sich verändernder Klimabedingungen auf die Agrarproduktion, die Folgen aktueller land- und forstwirtschaftlicher Nutzungskonzepte für die Umwelt und auf die Landschaftsgestaltung sowie die Folgen des Verlustes landwirtschaftlich genutzter Flächen an Siedlungs- und Straßenbau. Die Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft sowie den Gartenbau haben sich in Europa deutlich verändert.

Der starke Einfluss der Agrarpolitik auf das Marktgeschehen durch produktionsgekoppelte Subventionen, Lagerhaltung, Subvention von Überschussproduktion sowie die Exportsubventionierung von Agrarüberschüssen sind seit den 1990er-Jahren rückläufig und zwingen die Agrarwissenschaft zu einer verstärkten Marktorientierung. Daraus folgt einerseits eine gewollte Rückkoppelung der Agrarproduktion auf die Nachfrage, auf der anderen Seite bewirkt sie Abhängigkeiten in einem labilen Markt. Kartellartige Strukturen auf Verarbeiter- und Handelsseite verschlechtern die Möglichkeit der Durchsetzung der Interessen von landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben am Markt. Der Strukturwandel wird durch einen ruinösen Verdrängungswettbewerb beschleunigt. Die neue Rolle landwirtschaftlicher und forstlicher Rohstoffe zur Energiegewinnung als nachwachsende Rohstoffe für die industrielle Produktion erhöht die Kapitalattraktivität land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen sowie von Rohstoffen und rückt sie in den Blick von spekulativen Kapitalanlagen. Der Konflikt mit nachhaltigen Nutzungskonzepten in regionalem und gesellschaftlichem Interesse spitzt sich dadurch zu.

Schwerpunkte der Forschung in den Agrarwissenschaften könnten im Wesentlichen die weltweite Sicherung des Rechts auf Nahrung, die Auswirkungen der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen auf den Agrarsektor, der Strukturwandel in ländlichen Räumen und die Züchtungsforschung an Nutzpflanzen und Nutztieren sein. Entsprechend den neuen Schwerpunkten sind eine thematische Ausrichtung der Forschungseinrichtungen sowie eine bes-

sere, fächerübergreifende Kooperation aller in den Agrarwissenschaften zusammengefassten Fächer notwendig. Des Weiteren bedarf es einer Strukturreform der Agrarfakultäten und einer verbesserten Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und entsprechenden Industrien.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen dazu aufgefordert werden,

- eine Strategie zur zukünftigen Entwicklung der Agrarwissenschaften als Systemwissenschaften mit gesellschaftlicher Schlüsselfunktion vorzulegen;
- in Zusammenarbeit mit den Bundesländern dafür zu sorgen, dass die sinnvolle Bündelung von Kompetenzen vorankommt und die über die Agrarressortforschung initiierte und unterstützte Koordinierung der universitären und außeruniversitären Forschungstätigkeit verbessert wird;
- eine Bund-Länder-Koordinierungs- und Beratungsinstitution zu schaffen;
- eine Evaluierung der Folgen der Standortschließungen und des Personalabbaus in der Agrarressortforschung seit 1996 vorzulegen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/12998 in seiner 89. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/12998 in seiner 108. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, das nach langer Diskussion zur Ressortforschung umgesetzte Konzept sollte nicht mehr in Frage gestellt werden. Die vom Bund finanzierte Ressortforschung diene in erster Linie der politischen Expertise und habe eine klare Ausrichtung. Festzustellen sei jedoch, dass die Agrarforschung an vielen Universitäten unter großem Druck stehe. In den Bundesländern gebe es mangels eines gemeinsamen Konzeptes zur Sicherung wichtiger Fachbereiche im Rahmen der universitären Agrarforschung zunehmend Probleme. Beispielsweise sei bei den Agrarwissenschaften der gesamte Bereich der Tropen und Subtropen vernachlässigt worden. Daher fehlten heute Expertisen zu wichtigen Themen, etwa zur Ernährungssicherheit. Hinzuweisen sei auf die aus der Anhörung gewonnenen Erkenntnisse zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarforschung. Danach sei

u. a. eine vernünftige Vernetzung notwendig. Jedoch sei die Vorlage eines abgestimmten Konzeptes Aufgabe der Bundesländer. Daher werde man dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die Bundesregierung habe die Agrarressortforschung, wie beispielsweise die Fischereiforschung, vernachlässigt. Auch die Milchforschung weise Defizite auf und es bestehe die Gefahr, hier den Anschluss zu verlieren. Angesichts des abnehmenden Milchverbrauchs trotz niedrigster Preise müsse man feststellen, dass die ernährungsphysiologische Bedeutung von Milch als Nahrungsmittel nicht mehr in der Gesellschaft verankert sei. Jedoch könne eine Bund-Länder-Koordinierungs- und Beratungsinstitution die Probleme der Ressortforschung nicht lösen. So werde etwa die vom Wissenschaftsrat geforderte Clusterbildung nicht umgesetzt. Eine Unterstützung entlegener Forschungsstandorte lehne man ab. Vielmehr müssten bestehende Cluster, etwa Kiel, gestärkt werden. Um die Forschung auf einen guten Stand zu bringen, werde man in der nächsten Legislaturperiode noch einige Anstrengungen unternehmen müssen. Den vorliegenden Antrag lehne man ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, es bestehe dringender Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der Krise müsse man sich fragen, ob der Kahlschlag in der Agrarressortforschung so weitergeführt werden könne. Seit 1996 seien in diesem Bereich 1 000 Stellen gestrichen worden. Von den noch bestehenden 2 700 sollen weitere 350 wegfallen. Diese stellten oft die letzten wissenschaftlichen Arbeitsplätze in einer Region dar. Zudem seien besonders Frauen von diesen Maßnahmen betroffen. Daher sei ein Evaluierungsbericht

über die seit 1996 eingetretenen Folgen des Rahmenkonzepts und zur Neuordnung im Hinblick auf die sozialen, fachlichen und finanziellen Auswirkungen notwendig. Bis zur Vorlage dieses Berichts sollten die Standortschließungen ausgesetzt werden. Das mit der Neuordnung verfolgte Ziel sei nicht eingetreten. Begrüßenswert sei zwar der Neubau auf dem Riems. Jedoch seien an anderen Stellen falsche Weichenstellungen erfolgt, insbesondere im Hinblick auf ländliche Räume. Diese müssten dringend korrigiert werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, der Klimawandel und die wachsende Weltbevölkerung stellten die Agrarforschung vor Aufgaben, die im Detail gegenwärtig noch nicht absehbar seien. Um zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden, müssten die Flächenintensität und die Art und Weise der Landnutzung vollständig verändert werden. Der Antrag zeige zwar ein wichtiges Problem auf. Dennoch stimme man diesem nicht in allen Punkten zu. Eine Evaluierung sei nach der Umstrukturierung der Ressortforschung notwendig und in der nächsten Legislaturperiode aufzugreifen. Eine Standardisierung von Lehrinhalten und Ausbildungsgängen lehne man jedoch ab, da sie zu einer Verengung anstatt zu einer Erweiterung führen würde. Daher werde man sich der Stimme enthalten.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/12998 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Dr. Max Lehmer
Berichtersteller

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatlerin

Cornelia Behm
Berichterstatlerin